

Amerika als Modell

Die neue Weltordnung in historischer Perspektive

Von Hans-Jürgen Schröder

Seit dem Ende des Kalten Krieges und namentlich im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg hat der amerikanische Präsident George *Bush* wiederholt von der Möglichkeit einer neuen Weltordnung gesprochen. In seiner letzten Jahresbotschaft an den Kongreß hat der Präsident dies erneut deutlich herausgestrichen und zugleich unmißverständlich einen weltweiten Führungsanspruch für die Vereinigten Staaten von Amerika angemeldet.¹ Diese Vision einer neuen Weltordnung ist ebensowenig neu wie die Formulierung des amerikanischen Führungsanspruchs. *Bush* selbst hat dies auch nie behauptet. Vielmehr hat er zur Rechtfertigung seines politischen Handelns immer wieder historisch argumentiert und dabei vor allem auf die Erfahrungen zweier Weltkriege verwiesen.

In beiden Weltkriegen hatten die Vereinigten Staaten militärisch interveniert, beide Weltkriege sind von den USA militärisch entschieden worden, jedesmal wurde die Intervention in Übersee auch mit moralischen Kategorien legitimiert. Sowohl Woodrow *Wilson* als auch Franklin Delano *Roosevelt* hatten nicht nur dem amerikanischen Volk eine bessere Welt, eine neue Weltordnung versprochen, die das friedliche Nebeneinander aller Staaten ermöglichen sollte. Wie sahen die von *Wilson* und *Roosevelt* propagierten Friedensziele aus? Steht George *Bush* mit seinem globalen Ordnungskonzept in der Tradition dieser großen Präsidenten? Warum sind *Wilson* und *Roosevelt* mit ihren Plänen für eine neue Weltordnung gescheitert? Hat *Bush* angesichts dieser historischen Erfahrungen überhaupt eine Chance zur Verwirklichung seines Modells einer neuen Weltordnung? Zur Beantwortung dieser Fragen scheint es notwendig, einige Etappen der amerikanischen Außenpolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu skizzieren.

Die Politik der Offenen Tür

Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist seit ihren Anfängen von einer kontinuierlichen, zunächst kontinentalen und dann überseeischen, Expansion gekennzeichnet. Expansion ist das Leitmotiv des amerikanischen Aufstiegs zur Weltmacht; die ökonomische Dynamik hat hier zentrale Bedeutung. Wirtschaftlicher Wohlstand als Voraussetzung für die Stabilisierung des gesamten Gesellschaftssystems scheint nur bei anhaltender und vor allem kommerzieller Expansion gesichert. Diesen schon von den Gründervätern des „New Empire of America“ betonten funktionalen Zusammenhang zwischen Systemerhaltung und Expansion haben die amerikanischen Führungseliten bis zur Gegenwart immer wieder als politisches Axiom definiert. Im Unterschied zur Politik der europäischen Staaten zielte die amerikanische überseeische Expansion jedoch nicht primär auf die formelle

Beherrschung überseeischer Territorien, sondern auf eine indirekt-informelle Einflußnahme mittels wirtschaftlicher Durchdringung.²

Die wichtigste Strategie zur Realisierung dieser Zielsetzung ist die um die Jahrhundertwende formalisierte „Open Door Policy“. Diese Politik der Offenen Tür war langfristig orientiert und darauf abgestellt, die für die innenpolitische Stabilität als notwendig erachteten Absatzmärkte zu erschließen. Der große propagandistische Vorteil dieser Strategie besteht bis heute vor allem darin, daß die postulierte Gleichstellung des amerikanischen Handels mit dem anderer Staaten sich nahtlos in das Gleichheitsprinzip der amerikanischen Demokratie einfügt. Die Politik der Offenen Tür hat allerdings nicht nur eine große moralisch-politische Qualität, sie ist auch Ausdruck des amerikanischen Überlegenheitsgefühls in bezug auf das eigene Wirtschaftssystem. Die Mehrheit der Führungseliten von Politik und Wirtschaft ging nämlich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert von der Überzeugung aus, daß sich der amerikanische Handel aufgrund der amerikanischen Produktionskraft bei formaler Gleichstellung mit anderen Handelsnationen letztlich als überlegen erweisen und schließlich auch die Möglichkeit der politischen Einflußnahme bis hin zur Hegemonialstellung ermöglichen werde. Dieser indirekt-informelle Charakter der amerikanischen Außenpolitik kann nicht nachdrücklich genug betont werden. Zu Recht ist die Politik der Offenen Tür in ihrer axiomatischen Bedeutung daher mit der Monroe-Doktrin verglichen worden.³

Die prinzipielle Bedeutung der Open Door Policy unterstreicht auch den traditionell großen Stellenwert wirtschaftlicher Faktoren der amerikanischen Außenpolitik: Die Außenwirtschaftspolitik erfüllt zum einen die Aufgabe, Absatzmärkte zu sichern; hier ergibt sich die politische Dimension aus der Stabilisierungsfunktion für das amerikanische Gesellschaftssystem. Zum anderen ist die Außenwirtschaft ein wichtiges Instrument der amerikanischen Außenpolitik. Die internationalen Umweltbedingungen sollen durch die Außenwirtschaftspolitik beeinflußt, im Idealfall sogar bestimmt werden. Diese politisch-ökonomische Doppelfunktion der Außenwirtschaft zieht sich wie ein roter Faden durch die Washingtoner Außenpolitik des 20. Jahrhunderts. Ein Dilemma der Politik der Offenen Tür besteht allerdings darin, daß die Mechanismen der amerikanischen indirekt-informellen Einflußnahme nur dann wirksam werden können, wenn sich alle Staaten der Welt zu diesem Prinzip bekennen. Seine gewaltsame Durchsetzung erfordert dann den Einsatz jenes Mittels, das die amerikanische Diplomatie traditionell zu vermeiden sucht, die bewaffnete Intervention. Allerdings zeigt die historische Erfahrung, daß Washington als ultimo ratio immer wieder zu diesem Mittel der militärischen Intervention gegriffen hat, um der Durchsetzung liberaler Ordnungsvorstellungen Nachdruck zu verleihen. Zwei Weltkriege sind hierfür eindrucksvolle Belege.

Wilson's 14 Punkte

Den Krieg in Europa nahm Präsident *Wilson* wiederholt zum Anlaß, zu den Prinzipien der amerikanischen Außenpolitik öffentliche Erklärungen abzugeben. Bereits vor der amerikanischen Intervention im April 1917, die den europäischen Krieg zum Weltkrieg machte, bezeichnete es *Wilson* als „unvorstellbar“, daß Washington an einer europäischen Friedensregelung nicht beteiligt sein könnte.⁴ Zugleich machte er deutlich, daß für Washington nur eine solche Friedensordnung

akzeptabel sein könne, die sich an den Grundsätzen der amerikanischen Demokratie orientiere. „Die Welt muß sicher gemacht werden für die Demokratie“, lautete die berühmte Formel, die *Wilson* in seiner Rede vom 2. April 1917 prägte. Es sei die Absicht der USA, „den Prinzipien von Frieden und Gerechtigkeit im Leben der Welt Geltung zu verschaffen“. Die Amerikaner verfolgten keine eigensüchtigen Interessen, sie seien lediglich „Vorkämpfer für die Rechte der Menschheit“.⁵

In seinen 14 Punkten hat *Wilson* dann im Januar 1918 sein Friedensprogramm im einzelnen präzisiert. Neben konkreten Forderungen zur Verwirklichung nationalstaatlicher Prinzipien auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts für eine europäische Friedensordnung formulierte *Wilson* auch wichtige ökonomische Prinzipien: Freiheit der Meere und Freiheit des Handels als Grundlage einer liberalen Friedensordnung.⁶ Die Errichtung einer liberal-kapitalistischen Weltordnung, die weder durch eine formelle imperialistische Expansion der europäischen Mächte noch durch einen revolutionären Sozialismus gefährdet war, hatte für *Wilson* deshalb eine so zentrale Bedeutung, weil eine solche Weltordnung als entscheidend dafür angesehen wurde, daß die Vereinigten Staaten ihren politischen und ökonomischen Führungsanspruch durchsetzen konnten. Missionarisches Eintreten für die Demokratie und Eigeninteressen der USA ergänzten einander. Allerdings ist dieser erste Anlauf Washingtons zu einer neuen Weltordnung an der amerikanischen innenpolitischen Konstellation gescheitert. Die Mehrheit der Senatoren erblickte in einer amerikanischen Bindung an das Versailler Vertragssystem und namentlich an den Völkerbund eine Gefährdung der amerikanischen Souveränität. Als Leitidee blieben die Vorstellungen *Wilson's* Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik. Franklin D. *Roosevelt* hat dann einen zweiten Anlauf unternommen, das amerikanische Konzept einer liberalen Weltordnung international durchzusetzen.

Die Außenpolitik des New Deal

Roosevelt sah sich bei seinem Amtsantritt im März 1933 vor nahezu unlösbare Aufgaben gestellt. Amerika lag wirtschaftlich am Boden. Sichtbarer Ausdruck der dramatischen Wirtschaftskrise war die Arbeitslosigkeit. *Roosevelt* antwortete auf die Krise mit einer Vielzahl von staatsinterventionistischen Maßnahmen, die als New Deal in die Geschichte eingegangen sind. Unter Historikern ist umstritten, ob es sich tatsächlich um einen Neuanfang, eine New-Deal-Revolution gehandelt habe. Für die Wirkung des New Deal auf die Zeitgenossen war das von untergeordneter Bedeutung. Wichtiger war, daß der 32. Präsident den Eindruck entschlossener Führung vermitteln und damit die Hoffnung erwecken konnte, ein innenpolitischer Neubeginn sei von ihm bereits eingeleitet. Schließlich war *Roosevelt* der einzige Präsident der Vereinigten Staaten, der viermal in das höchste Staatsamt gewählt wurde.

Die anfängliche Konzentration auf die Innenpolitik bedeutete keine Vernachlässigung der Außenpolitik. Zahlreiche Initiativen zu Beginn seiner Amtszeit belegen dies. Bei seiner Krisentherapie sah *Roosevelt* einen engen Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik. Das neue Außenhandelsprogramm vom Juni 1934 hatte das Ziel, durch Exportausweitung zur Belebung der Binnenkonjunktur und damit auch zur politischen Stabilisierung in den USA beizutragen. Zugleich diente das Handelsvertragssystem dazu, die demokratischen Staaten zusammenzuführen, ohne daß sich das Weiße Haus gegenüber der isolationistisch eingestellten Öffentlichkeit außenpoli-

tisch exponieren mußte. Die Entwicklung der britisch-amerikanischen Beziehungen vor dem Zweiten Weltkrieg verdeutlicht dies. Selbst Neville Chamberlains Gang nach München hat die Annäherung zwischen London und Washington nicht in ihrem Kern tangiert, wie die Entwicklung nach dem deutschen Überfall auf Polen zeigt.

Nach der Entfesselung des Krieges in Europa durch das Dritte Reich hatten die Vereinigten Staaten am 5. September 1939 ihre Neutralität erklärt. In der Bewertung wird man allerdings von einer Fiktion der Neutralität sprechen müssen, denn die bereits anfangs nur mühsam verbrämte Unterstützung Großbritanniens wurde in den folgenden Monaten noch systematisch ausgebaut. Der japanische Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und die vier Tage später erfolgte Kriegserklärung *Hitlers* an die USA haben Präsident *Roosevelt* der innenpolitisch schwierigen Aufgabe entledigt, seinerseits den Krieg erklären zu müssen. Analog zur zunehmenden materiellen Unterstützung Großbritanniens in der Phase des „unerklärten Krieges“ präzierte *Roosevelt* die amerikanischen Kriegs- und Friedensziele. Bereits vor Pearl Harbor hatte er die Öffentlichkeit wiederholt wissen lassen, wie er sich die neue Weltordnung nach dem Sieg über Deutschland, Japan und Italien vorstelle: Die Prinzipien der amerikanischen Demokratie sollten zur Grundlage auch der Nachkriegsordnung werden. In seiner Jahresbotschaft an den Kongreß nannte er im Januar 1941 als Grundmaxime jeder Weltfriedensordnung vier Freiheiten, für die es keine Alternative geben könne: Freiheit der Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsausübung, Freiheit von Not und Freiheit von Furcht.⁸

Auch *Hitlers* militärische Siege in Europa haben den amerikanischen Präsidenten nicht zu Kompromissen veranlaßt. Ungeachtet aller Rückschläge für die Westmächte hat *Roosevelt* an dem Konzept einer liberalen Weltordnung festgehalten. Auf dem scheinbaren Höhepunkt der Macht *Hitlers* in Europa hat *Roosevelt* zusammen mit *Churchill* im August 1941 in der Atlantik-Charta die Grundprinzipien einer neuen Weltordnung verkündet. Gewaltverzicht, Selbstbestimmungsrecht, weltweite Anhebung des Lebensstandards und freier Welthandel waren die Kernstücke des Acht-Punkte-Programms. Unausgesprochener Hintergrundgedanke des amerikanischen Präsidenten: In dieser liberalen Weltordnung werde Amerika als stärkste Wirtschaftsmacht automatisch eine Schlüsselstellung zufallen. Fraglos hat *Roosevelt* im Rahmen der von ihm propagierten Weltordnung „eine indirekte Führungsrolle für die USA in der Welt“ angestrebt.⁹ Damit steht der 32. Präsident in der Kontinuität der Entwicklung Amerikas zur Weltführungsmacht.

Die Bilanz der Washingtoner Kriegsanstrengungen schien aus amerikanischer Perspektive auf den ersten Blick auch beeindruckend: Mit der Mobilisierung der amerikanischen Ressourcen war die bedingungslose Kapitulation des Dritten Reiches und Japans nur eine Frage der Zeit. Die von diesen Staaten ausgehenden ideologischen, machtpolitischen und ökonomischen Herausforderungen konnten erfolgreich abgewehrt werden. Großbritannien mußte seinen Großmachtsanspruch den Realitäten anpassen und wurde zum Juniorpartner Washingtons. Die USA waren die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt und verfügten zunächst auch über das Atomwaffenmonopol. Der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht war in dieser Form nicht erwartet worden und insofern für Washington ein „Nebenprodukt“ des Zweiten Weltkrieges. Der „unteilbare Weltmarkt“¹⁰ als Grundlage auch der politischen Einheit blieb Vision, die Teilung der Welt wurde für über vier Jahrzehnte

zur Realität. Der Traum *Roosevelts* von der Einen Welt (One World) ist nach dem Zweiten Weltkrieg am Ost-West-Konflikt gescheitert, weil der seit der bolschewistischen Revolution bestehende ideologische Gegensatz eine machtpolitische Dimension erhalten hatte.¹¹ Die Nachfolger *Roosevelts* – von *Truman* bis *Reagan* – haben zwar immer wieder eine liberale Weltordnung gefordert, globale Realisierungschancen haben sich aber erst mit dem Ende des Kalten Krieges ergeben.

GRUNDPRINZIPIEN DER NEUEN WELTORDNUNG NACH DEM ENDE DES KALTEN KRIEGES

In seiner Botschaft zur Lage der Nation vom 29. Januar 1991 bezeichnete *Bush* die von ihm wiederholt postulierte neue Weltordnung als eine „große Idee“, in der „unterschiedliche Nationen in einer gemeinsamen Sache zusammenstehen, um die universellen Hoffnungen der Menschheit zu verwirklichen: Frieden und Sicherheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit“. So sehe eine Welt aus, für die es zu kämpfen lohne und die „der Zukunft unserer Kinder wert“ sei, erklärte der Präsident während der Operation Wüstensturm.¹² Die Grundlinien seiner Vision einer neuen Weltordnung hat *Bush* dann vor heimkehrenden Truppen im April 1991 präzisiert. Neben den bereits genannten demokratischen Grundprinzipien als Basis der innerstaatlichen Ordnung formulierte er auch seine Vorstellungen für die Organisation der zwischenstaatlichen Beziehungen: „friedliche Beilegung von Konflikten, Solidarität gegen Aggression, reduzierte und kontrollierte Waffenarsenale und gerechte Behandlung aller Völker“.¹³

Europa falle in diesem Kontext als „Stabilitätsfaktor außerhalb seiner Grenzen“ eine Schlüsselrolle zu. Daraus ergebe sich eine amerikanisch-europäische Interessenparallelität. Dies sei „die grundlegende Logik des Atlantischen Bündnisses, die Amerika in Europa verankert“. Die Geschichte dieses Jahrhunderts lehre, daß „das Schicksal und die Interessen der Vereinigten Staaten nicht von denen Europas getrennt werden können. Im Verlauf der langen Jahre des Kalten Krieges und Konflikts haben sich die Vereinigten Staaten unerschütterlich für Freiheit in Europa eingesetzt. Und heute, da Osteuropa sich den demokratischen Idealen öffnet, werden echte Fortschritte möglich“.¹⁴

Einen hervorragenden Stellenwert nehmen in der Diskussion der neuen Weltordnung ökonomische Fragen ein. Denjenigen Staaten, die sich auf dem Weg zur Demokratie befinden, wird die freie Marktwirtschaft auch unter politischen Gesichtspunkten als alternativlos anempfohlen.¹⁵ Vor allem die Forderung nach freiem Welthandel wird von Washington mit monotoner Beharrlichkeit vorgetragen. Die Bedeutung dieser Fragen läßt sich nicht zuletzt daran ablesen, wie gereizt die amerikanische Regierung auf die japanische und europäische Konkurrenz reagiert. Im amerikanischen Selbstverständnis ist es übrigens traditionell kein Widerspruch, die Politik der Offenen Tür zu fordern und dennoch die heimische Industrie durch protektionistische Maßnahmen zu schützen.

Kritiker der von *Bush* verkündeten Vision einer neuen Weltordnung haben mit Blick auf die gegenwärtigen regionalen Konflikte, den Auflösungsprozeß des ehemaligen sowjetischen Imperiums, Verwerfungen in der Weltwirtschaft und Probleme der unterentwickelten Länder von einer globalen Unordnung gesprochen.¹⁶ Zum Teil wird hier die Idee der neuen Weltordnung mißverstanden als statisches Modell, als

verbindliche Blaupause für die Gestaltung des internationalen Systems. Das Konzept der neuen Weltordnung ist aber als dynamischer Prozeß zu begreifen: „Die Suche nach einer neuen Weltordnung ist teilweise eine Herausforderung, um die Gefahren der Unordnung zu zügeln“, so *Bush*.¹⁷ Daß sich die Grundprinzipien dieser neuen Weltordnung am amerikanischen Demokratiemodell orientieren ist für Washington ebenso selbstverständlich wie der Führungsanspruch der USA. Hier steht der Republikaner *Bush* in der Kontinuität der Demokraten *Wilson* und *F. D. Roosevelt*. Das gilt auch für den außenpolitischen Stellenwert der Ökonomie. Allerdings sieht sich *Bush* am Ende des Kalten Krieges im binnenwirtschaftlichen Bereich wesentlich schwierigeren Problemen gegenüber als *Wilson* oder *Roosevelt* und dessen Nachfolger *Harry S. Truman* am Ende der Weltkriege. Wie gedenkt *Bush* die innenpolitischen Schwierigkeiten zu überwinden? Welche Antworten gibt die jüngste Jahresbotschaft?

Die Verklammerung von Innen- und Außenpolitik

Die im In- und Ausland mit Spannung erwartete Jahresbotschaft vom 28. Januar 1992 ist fraglos ein politisches Meisterstück.¹⁸ Das gilt zunächst für den strukturellen Aufbau, die Argumentationskette, die Wahl der Vergleiche sowie die Sprache. Vor allem aber hat der Präsident in werbewirksamer Weise die enge Verschränkung von Innen- und Außenpolitik deutlich gemacht. Ausgangspunkt ist die Außenpolitik. Das kann kaum überraschen. Schließlich hat *Bush* hier beeindruckende Erfolge vorzuweisen, die über den Sieg im Golf-Krieg weit hinausreichen: „Durch die Gnade Gottes hat Amerika den Kalten Krieg gewonnen“, konnte er zu Beginn seiner Rede feststellen. Damit sei Amerika die „unbestrittene Führungsmacht unseres Zeitalters“. Allerdings sei der Kalte Krieg „nicht einfach zu Ende gegangen – er bedeutete Arbeit“. *Bush* gedachte all derjenigen, „die ihn gewonnen haben“, und er erwähnte ausdrücklich Korea und Vietnam. Hier formulierte der Präsident eine Perspektive zur Heilung des Vietnam-Traumas. Die militärische Niederlage in Vietnam mit ihren fatalen innen- und außenpolitischen Folgen kann so nachträglich als keineswegs sinnlos interpretiert werden, sondern als notwendige Etappe zum schließlich verwirklichten Sieg über den „imperialen Kommunismus“. Dies gibt dann auch die Möglichkeit, die gegenwärtigen innenpolitischen Probleme der USA als Hypothek der Vergangenheit darzustellen. Seit einem halben Jahrhundert habe „das amerikanische Volk die Last getragen und höhere Steuern bezahlt als notwendig gewesen wäre“, wenn es die kommunistische Bedrohung nicht gegeben hätte.

Diese Verklammerung von Außen- und Innenpolitik tritt dann besonders deutlich am Beispiel der geplanten Rüstungskürzungen hervor. Das Ende des Kalten Krieges biete die Möglichkeit für Einsparungen im Rüstungsetat. Auf diese Weise sollen offenbar die in den vergangenen Jahrzehnten kumulierten Probleme der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft externalisiert werden. Die hohen Rüstungsausgaben seien den USA durch den „imperialen Kommunismus“ aufgezwungen worden. Jetzt, nach dem Ende des Kalten Krieges sei es möglich, die Verteidigungsausgaben um 30 Prozent zurückzufahren, um die frei werdenden Mittel zur Lösung innenpolitischer Aufgaben einzusetzen.

Wirtschaftliche Fragen standen im Mittelpunkt der innenpolitischen Überlegungen. Hier unterschied *Bush* zwischen kurzfristigen Maßnahmen sowie mittel- und

langfristigen Reformen. Umschichtungen im Bundeshaushalt, vorgezogene Ausgaben und Steuererleichterungen sollen als Sofortmaßnahmen der Konjunkturbelebung dienen. Ihr Vorteil liegt zum Teil darin, daß sie in die Kompetenz der Exekutive fallen und damit ein langwieriges Gesetzgebungsverfahren im Kongreß nicht notwendig ist. Den „langfristigen Plan zur Sicherung unserer Zukunft“ faßte der Präsident in einem Neun-Punkte-Programm zusammen, an dessen Beginn das Bekenntnis zur Politik der Offenen Tür steht: 1. Abbau von Handelsschranken und Schaffung offener Märkte, 2. Reform des Bildungswesens, 3. Schaffung von Investitionsanreizen, 4. Kampf gegen Verbrechen und Drogen, 5. Förderung des Wohnungsbaus, 6. Reform des Gesundheitswesens, 7. Abbau des Haushaltsdefizits, 8. Beschleunigung der bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Bankenreform, Zivilrechtsreform, Strafrechtsreform und einer nationalen Energiestrategie, schließlich 9. die Stärkung der Familie. Seit dem Zweiten Weltkrieg, so die Argumentation, habe Washington unter dem Primat der Außenpolitik handeln müssen. Jetzt gelte es, die innenpolitischen Probleme stärker zu berücksichtigen. Zahlreiche Kommentatoren haben Zweifel angemeldet, ob der Präsident hierzu in der Lage sei.

Unter dem Druck der Revolutionen in Osteuropa und der Sowjetunion sowie den Herausforderungen der Golf-Krise hatte *Bush* sich zu entschlossenem Handeln aufgerafft und ein hervorragendes internationales Krisenmanagement betrieben. Jetzt steht er angesichts der drängenden wirtschaftlichen Probleme innenpolitisch mit dem Rücken zur Wand. Es ist durchaus möglich, daß der Kampf um seine Wiederwahl bei dem Präsidenten analog zur Golf-Krise auch für den innenpolitischen Bereich neue Kräfte entfesselt, die ihm der kritische Betrachter zunächst nicht zutraut. Sollte es tatsächlich gelingen, durch die angekündigten wirtschaftspolitischen Sofortmaßnahmen einen konjunkturellen Silberstreif sichtbar zu machen, dann wären wichtige Voraussetzungen für sein politisches Nahziel, die Wiederwahl im November 1992, entscheidend abgesichert. In einer zweiten und dann unwiderruflich letzten Amtsperiode hätte der Präsident dann die Möglichkeit, es nicht bei der innenpolitischen Diagnose zu belassen, sondern auch eine Therapie zur Gesundung von Gesellschaft und Wirtschaft zu verordnen.

Die Regierung *Reagan* hatte die vom Vietnam-Syndrom paralyisierten Kräfte Amerikas durch die Revitalisierung des Feindbildes Kommunismus mobilisiert. Das galt zunächst für die militärpolitischen Anstrengungen. Hinzu kam eine konjunkturelle Scheinblüte, von der kaum mehr als der Name *Reaganomics* und ein gigantisches Haushaltsdefizit geblieben sind. Demgegenüber steht *Bush* aus innen- und außenpolitischen Gründen unter dem Zwang zu strukturellen Reformen des amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Bezeichnenderweise hat das Nachrichtenmagazin *Time* unlängst die Frage aufgeworfen, ob Amerika einen neuen *New Deal* brauche.¹⁹ Damit ist der Vergleich mit den Krisenjahren der Großen Depression hergestellt. Hieraus ergibt sich für den gegenwärtig innenpolitisch in Bedrängnis geratenen Präsidenten prinzipiell auch die Chance, das *New-Deal-Monopol* der Demokraten zu relativieren. Das Bild des erfolgreichen Außenpolitikers *Bush* könnte ergänzt werden durch das Image eines innenpolitischen Reformers. Den Republikanern eröffnet sich durchaus die Perspektive, *George Bush* als Hoffnungsträger für einen Neuanfang in die Ahnengalerie der Präsidenten *Franklin D. Roosevelt* und *John F. Kennedy* einzureihen. Nach allem, was man über *George Bush* weiß, ist

kaum daran zu zweifeln, daß er sich dieser Konstellation bewußt ist und versuchen wird, die historische Chance zu nutzen.

Ein Vergleich mit Franklin D. *Roosevelt* bietet sich an. Allerdings hatte dieser unter dem Primat der Innenpolitik gehandelt: Die Bekämpfung der Depression und die Ingangsetzung von Reformen standen zunächst im Vordergrund; erst gegen Ende der dreißiger Jahre meldete er die internationale Führungsrolle für die USA an. Für George *Bush* stand die Außenpolitik in seiner ersten Amtszeit eindeutig im Vordergrund. Die Erfolge dieser Außenpolitik sollen jetzt zum Motor einer inneren Erneuerung Amerikas werden, „daß wir, wenn wir die Welt verändern können, auch Amerika verändern können“.

Der globale Führungsanspruch

Wie für *Roosevelt* so bedeutet auch für *Bush* die jetzt angekündigte Konzentration auf die Innenpolitik keineswegs eine Hinwendung zum Isolationismus, im Gegenteil. *Bush* hat angekündigt, daß die innere Erneuerung Amerikas die Basis für die postulierte weltweite Führungsrolle sein soll. Konsequenterweise hat *Bush* wiederholt vor einer einseitigen Konzentration auf die Innenpolitik gewarnt. Bereits am Ende des Golf-Krieges war er unter Anspielung auf *Wilson* der Illusion entgegengetreten, die Intervention im Golf als „Krieg zur Beendigung aller Kriege“ zu begreifen.²⁰ Selbst die von ihm angestrebte neue Weltordnung könne den ewigen Frieden nicht garantieren. Schließlich sei die Welt „noch immer ein gefährlicher Ort“ und deshalb dürften die „Fehler der Vergangenheit“ nicht wiederholt werden, die in diesem Jahrhundert bereits zweimal gemacht worden seien, als Amerika am Ende beider Weltkriege vorschnell demobilisiert habe.²¹

Seine Warnungen vor einem amerikanischen Isolationismus hat *Bush* nicht nur mit den eigenen Interessen begründet, sondern vor allem mit der globalen Führungsaufgabe, die den USA „natürlich“ zugefallen sei: „Manche sagen, wir könnten uns von der Welt abwenden, wir hätten keine besondere Rolle, keinen besonderen Platz. Aber wir sind die Vereinigten Staaten von Amerika, die Führungsmacht des Westens, die zur Führungsmacht der Welt geworden ist.“²² Dieser globale Führungsanspruch manifestiert sich übrigens auch in der Washingtoner Bewertung der Vereinten Nationen. Die zahlreichen positiven Bemerkungen über die konstruktive Rolle des Sicherheitsrates in der Zeit seit Ende des Kalten Krieges und insbesondere im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen Irak dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß Washington sich autonomes Handeln grundsätzlich vorbehält. Die Vereinten Nationen sind aus amerikanischer Sicht im wesentlichen ein Koordinierungsgremium. Jedenfalls hat *Bush* unmißverständlich deutlich gemacht, daß sich aus der Arbeit der Weltorganisation für die USA keinerlei Souveränitätseinschränkungen ableiten lassen.

Welche Chancen hat *Bush*, um sein Konzept einer neuen Weltordnung und den damit verknüpften Führungsanspruch zu verwirklichen? Kann der dritte Anlauf dieses Jahrhunderts gelingen? Präsident *Wilson* ist mit seiner Vision einer neuen Weltordnung in erster Linie an der amerikanischen Innenpolitik gescheitert. Die Mehrheit der Senatoren war nicht bereit, Amerika zum Garanten der Versailler Friedensordnung zu machen. Das wird fälschlicherweise immer wieder als Rückzug Amerikas aus der Weltpolitik, als Isolationismus interpretiert. Man wird eher von

einem Fehlen der sicherheitspolitischen Verankerung der weltweiten amerikanischen Interessen sprechen müssen, die sich vor allem im ökonomischen Bereich manifestierten. Das One-World-Konzept *Roosevelts* scheiterte nicht an der innenpolitischen Konstellation in den USA, sondern an den internationalen Rahmenbedingungen, die mit dem Begriff Ost-West-Konflikt hinreichend umschrieben sind. Im Vergleich zu *Wilson* und *Roosevelt* sieht sich *Bush* einem neuen Problem gegenüber. Die binnenwirtschaftliche und gesellschaftliche Krise in den USA droht die Außenpolitik zu unterminieren. Schlimmer noch: Krisenpropheten prognostizieren den Niedergang Amerikas. Die historisch belegte These von dem vermeintlich unvermeidlichen Niedergang von Imperien²³ hat das Bewußtsein großer Teile der amerikanischen Gesellschaft erreicht und zu einer Lähmung des Fortschrittsglaubens bereits beigetragen. Vergleiche mit Großbritannien drängen sich auf. Hatte nicht der Zerfall der britischen Weltmachtposition mit der Überforderung der ökonomischen Ressourcen Britanniens begonnen? Derartige Argumente sind deshalb so gravierend, weil nach dem Ende des Kalten Krieges die internationalen Beziehungen noch stärker als bisher von ökonomischen Fragen beherrscht sind. Die Revitalisierung der amerikanischen Wirtschaft ist mithin eine unabdingbare Voraussetzung einer aktiven Außenpolitik: „Wir alle wissen, daß der Schlüssel für unsere wirtschaftliche Zukunft darin liegt, sicherzustellen, daß Amerika weiterhin die wirtschaftliche Führungsmacht der Welt ist. Es liegt in unseren Händen.“²⁴ Erst wenn diese wirtschaftliche Führungsposition langfristig gesichert ist, kann sie wieder zu soliden Basis amerikanischer Ordnungsbemühungen werden.

Es ist sicher kein Zufall, daß bei der Diskussion, wie die mit der Auflösung des sowjetischen Imperiums freigesetzten Demokratisierungschancen stabilisiert werden können, immer wieder der Marshall-Plan als Vorbild herangezogen wird. Denn schließlich wurde Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst mit dem Europäischen Wiederaufbauprogramm verteidigt. Washington verwirklichte mit dem Marshall-Plan eine erfolgreiche politisch-ökonomische Doppelstrategie, die sich an den wirtschaftlichen Bedürfnissen, den sicherheitspolitischen Interessen sowie dem Freiheitsideal der Amerikaner orientierte und Westeuropa ein hohes Maß an wirtschaftlicher und politischer Stabilität brachte. Natürlich läßt sich der Marshall-Plan nicht schematisch auf die gegenwärtige Situation in Osteuropa übertragen, aber der Grundgedanke hat weiterhin Gültigkeit: Stabilisierung demokratischer Prozesse durch Verbesserung der ökonomischen Situation. Nach dem Abriß des Eisernen Vorhangs haben die USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erstmals die Möglichkeit, ihre Ordnungsvorstellungen auch in Osteuropa durchzusetzen. Die Verstärkung der liberal-demokratischen Basis in der Alten Welt dürfte dadurch Auftrieb erhalten und dem Gedanken einer neuen Weltordnung Glaubwürdigkeit verschaffen. Angesichts der seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelten außenpolitischen Dynamik kann die Realisierung einer neuen Weltordnung nicht störungsfrei verlaufen, wie nicht zuletzt die Nationalitätenkonflikte zeigen. Dennoch bietet die „One-Superpower World“²⁵ den USA beispiellose Möglichkeiten zur schrittweisen globalen Durchsetzung liberaler Ordnungsprinzipien. Leitidee bleibt auch weiterhin die Politik der Offenen Tür. Sie wird ergänzt durch die Bereitschaft zu militärischer Intervention. Für die politische Führung der USA wird es darauf ankommen, im Interesse der angestrebten liberalen Weltordnung einen Mittelkurs zu

finden zwischen den Extremen Isolationismus und Arroganz der Macht. Außerdem kann die amerikanische Demokratie weltweit nur dann als Modell verordnet werden, wenn dessen Glaubwürdigkeit im Land selbst erhalten bleibt. Das Streben nach einer neuen Weltordnung ist mithin für die amerikanischen Führungseliten auch eine wichtige innenpolitische Aufgabe.

ANMERKUNGEN

- ¹ Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, George *Bush*, vom 28. Januar 1992 zur Lage der Nation, deutsche Übersetzung in: EA 5/1992, S. D 159 ff.
- ² Einen guten Überblick bietet der Sammelband von William A. *Williams* (Hrsg.), *From Colony to Empire. Essays in the History of American Foreign Relations*, New York 1972.
- ³ Vgl. Richard W. *Van Alstyne*, *The Open Door Policy*, in: Alexander *DeConde* (Hrsg.), *Encyclopedia of American Foreign Policy*, Bd. II, New York 1978, S. 711–721, und William *Appleman Williams*, *Open Door Interpretations*, ebenda, S. 703–710.
- ⁴ Rede *Wilson*s vom 22. Januar 1917, in: Henry *Steele Commager* (Hrsg.), *Documents of American History*, New York 1958, S. 305–308.
- ⁵ Rede *Wilson*s vom 2. April 1917, ebenda, S. 308–312.
- ⁶ Rede *Wilson*s vom 8. Januar 1918, ebenda, S. 317–319.
- ⁷ So bereits William L. *Langer*/S. *Everett Gleason*, *The Undeclared War, 1940–1941*, New York 1953.
- ⁸ Rede *Roosevelts* vom 6. Januar 1941, in: *Commager*, *Documents*, a. a. O., S. 626–629.
- ⁹ So Andreas *Hillgruber*, *Der Zenit des Zweiten Weltkrieges*. Juli 1941, Wiesbaden 1977, S. 31, Text der Atlantik-Charta in: *Commager*, *Documents*, a. a. O., S. 631, deutsche Übersetzung in: EA 1 (1946/47), S. 343.
- ¹⁰ Vgl. Detlef *Junker*, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941*, Stuttgart 1975.
- ¹¹ Vgl. bes. Werner *Link*, *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, 2. Aufl., Stuttgart 1988.
- ¹² Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, George *Bush*, vom 29. Januar 1991 an den Kongreß zur Lage der Nation, in: EA 5/1991, S. D 119–D 125, Zitat S. D 119.
- ¹³ Rede des amerikanischen Präsidenten, George *Bush*, zur „Neuen Weltordnung“ auf dem Luftwaffenstützpunkt Maxwell (Alabama) am 13. April 1991, in: EA 10/1991, S. D 254.
- ¹⁴ Ebenda, S. D 257.
- ¹⁵ Vgl. z. B. James A. *Baker*, *Foreign Assistance Funding Proposal for FY 1992*, in: *Dispatch* 2 (1991), S. 372.
- ¹⁶ Vgl. z. B. Ted Galen *Carpenter*, *The New World Disorder*, in: *Foreign Policy*, Nr. 84, Herbst 1991, S. 24–39.
- ¹⁷ Rede vom 13. April 1991 (vgl. Anm. 13), S. D 255.
- ¹⁸ Die folgenden Zitate nach der deutschen Übersetzung in: EA 5/1992, a. a. O., (Anm. 1).
- ¹⁹ *Time International*, Nr. 2, 13. Januar 1992, Titelseite.
- ²⁰ Rede vom 6. März 1991, hier zitiert nach dem Originaltext in: *Dispatch* 2 (1991), S. 162.
- ²¹ George *Bush*s Rede zur Lage der Nation, 28. Januar 1992, a. a. O., (Anm. 1), S. D 161.
- ²² Ebenda.
- ²³ Vgl. Paul *Kennedy*, *The Rise and Fall of Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, London 1988 (deutsch Frankfurt/Main 1989).
- ²⁴ George *Bush*s Rede zur Lage der Nation, 28. Januar 1992, a. a. O., S. D 164.
- ²⁵ So Richard *Nixon*, *Seize the Moment: America's Challenge in a One-Superpower World*, New York 1991.